MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1918

28 (17.1.1918) Abend-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-178998

Donnerstag, 17. Januar. Abend-Ausgabe. 1918. — Nr. 28.

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich für den allgemeinen und handelsteil: Chefredakteur Dr. Fritz Goldenbaum; für den Anzeigenteil: Anton Oetzeier. Druck u. Verlag: Druckerei Dr. Haas Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., sämtlich in Mannheim. — Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. — Fernsprech-Anschluß Amt Mannheim: Nr. 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945 und 7946. — Postscheck-Konto: Nr. 2917 Ludwigshafen am Rhein.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 1spaltige Nonpareillezeile 40 Pfennig, Finanzanzeigen 50 Pfennig, Reklamen M. 3.—, Anzeigenschluß: Mittagblatt vormittags 9½ Uhr, Abendblatt nachmittags 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatl. M. 2.— mit Bringerlohn. Postbezug: Vierteljl. M. 6.42 einschl. Zustellungsgebühr. Bei der Post abgeh. M. 3.70. Einzel-Nr.: 10 Pfg.

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupfertiefdruck-Ausführung.

Brest-Litowsk und die Antwort des Reichskanzlers.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 17. Jan. (WTB. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgefechte. Nördlich von Paschendaele, an der Scarpe, bei Vendhuille und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Cernabogen dauerte die erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebüßt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Italienischer Bericht vom 15. Januar.

In der Gegend des Monte Asolone entfachte sich der Kampf gestern nachmittag von Neuem. Unsere Truppen, durch Artillerie wirksam unterstützt, rückten mit großer Tapferkeit vor. Wir nahmen acht Offiziere, darunter einen Oberstleutnant, und 283 Mann gefangen. Im Osten von Copo Sile erweiterten wir den Brückenkopf, wobei wir dem Feind einige Gräben entrissen. Zwei Offiziere und 43 Mann wurden gefangen genommen, zwei Grabenmörser und einige Maschinengewehre erbeutet. Durch unsere Flieger wurden nördlich von Monte Melago, bei Fora, im Tale von Stagno und am Monte Grappa vier feindliche Flugzeuge abgeschossen, das fünfte durch unsere Artillerie bei Ormelle. Zwei weitere Flugzeuge wurden bei Cobola östlich von Conegliano durch englische Flieger zum Absturz gebracht.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 16. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Starker, mit allen Mitteln ausgerüsteter Gegenwirkung zum Trotz fielen auf dem nördlichen Kriegsschauplatz unseren Unterseebooten

21000 Bruttoregistertonnen

zum Opfer.

Hierbei wurde ein englischer Dampfer von mindestens 4000 Tonnen in geschickt durchgeführtem Angriff aus besonders starker Fischdampfersicherung herausgeschossen. Die Mehrzahl der versenkten Schiffe war bewaffnet und schwer beladen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Ernst Moritz Arndt über die belgische Frage.

Im Jahre 1832, zwei Jahre nach der Lostrennung Belgiens von Holland, gab Ernst Moritz Arndt die Schrift heraus: „Belgien und was daran hängt". Von den großen Führern aus der Zeit der Befreiungskriege ist Arndt der einzige, der die auf den Krieg folgende Entwicklung über die 48er Revolution hinaus nicht nur miterlebt, sondern tätig mitgestaltet hat. Arndt ist Zeit seines Lebens ein Vorkämpfer der Verfassung gewesen und hat in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. den verdienten Ehrennamen eines „guten deutschen Gewissens" erhalten. Er ist, wie so viele aufrechte Männer, ein Opfer der Metternichschen Reaktion gewesen und hat die unwürdigen Verfolgungen des Polizeibüttels erduldet. Freilich hat er auch, wie Joseph Görres, mit unerschüttertem Freimut und in tiefer Erkenntnis der politischen Lage des deutschen Volks in Europa seine Stimme erhoben, wo es galt, das deutsche Volk gegen seine europäischen Feinde durch die unentbehrliche Machtstellung zu sichern. Seine Schrift „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" ist die endgültige und klassische Widerlegung des geographisch-politischen Irrwahns unseres westlichen Nachbarn. Wenn ein solcher Mann, der als ein Schüler und Arbeitsgenosse des Freiherrn von Stein und in enger persönlicher Berührung mit Männern wie Scharnhorst und Gneisenau Politik aus nächster Nähe hat treiben sehen und getrieben hat, sich über Belgien und sein Verhältnis zu Deutschland äußert, dann muß sein Gutachten von ganz besonderer Bedeutung sein. Ernst Moritz Arndt war alles, nur kein Reaktionär. Er gehörte auch nicht der Schwerindustrie an, sondern er war ein vollkommen unabhängiger deutscher Mann. Arndt also sagt in der obengenannten Schrift über die „Neutralität" Belgiens und deren Fragwürdigkeit das Folgende:

„... Sollten vollends die großen Mächte Deutschlands in irgendeine plötzliche Verlegenheit versetzt werden, in welcher vorteilhaften Stellung sind hier die Franzosen dann, und wie geschwind werden sie, über alle Verträge und Gelübde wegspringend, diese dann benutzen, und zwar gegen uns: denn wenn sie wohin wollen, nach Deutschland wollen sie, und dafür sehen alle Parteien Belgien als das Vorlager an. Wie wenige — wir sagen es mit Kummer — haben die große belgische Frage in ihrer letzten Tiefe, d. h. in der deutschen, in der vaterländischen Bedeutung, in der Bedeutung unserer Ehre, Sicherheit und Selbständigkeit behandelt! Aber — so fährt mir hier einer durch die Parade — Belgien ist ja auf ewige Zeiten, damit es in Kriegen zwischen England, Frankreich und Deutschland kein Zankapfel mehr werden könne, für einen neutralen Staat erklärt gleich der Schweiz; das ist ja ein besseres Bollwerk für Deutschland als alle Festungen! O jemine! Diese „Neutralität" gehört zu den vielen anderen Notbehelfen der Londoner Protokolle. Belgien kann nie sein, was die Schweiz war, ein unfruchtbares Gebirgsland, aber nicht der Schlachtfelder: Belgien, die Kornkammer und die Kriegskammer, das geborne Schlachtfeld in dem Hader um die Maas und den Rhein! Ich frage jeden Feldherrn und Minister der über Krieg und Politik nachgedacht hat, ob Belgien in einem europäischen Krieg länger neutral bleiben wird, d. h. als neutral geachtet werden wird, als es dem bequem dünken wird, der die beste Kraft in sich fühlt, der Angreifer zu werden? ..."

Die Schlüsse aus dieser unwiderleglichen Feststellung Arndts hat der Weltkrieg gezogen, und den anderen Schluß, der über unsere Zukunft entscheidet, daß nämlich die papierne Neutralität Belgiens keine Friedenssicherung ist, haben wir zu ziehen.

Der Kronprinz beim Kaiser.

Berlin, 17. Januar. (WTB. Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser empfing Seine Kaiserliche Hoheit den Kronprinzen, hörte den Generalstabsvortrag und empfing zur Meldung den Direktor im Justizministerium Dr. Bouwieg, Unterstaatssekretär im Reichspostamt Dr. Kobelt und den Direktor im Reichspostamt Teucke.

Ostmärker beim Reichskanzler.

Berlin, 17. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Der Reichskanzler empfing gestern einige Herren aus der Proving Posen, die ihm die Ansichten der Kreise der Ostmark zur Polenpolitik vortrugen.

Die Rede des Reichskanzlers.

In mehreren Blättern wird die Forderung erhoben, der Reichskanzler möge auf die letzten Reden der feindlichen Staatsmänner eine klare und unzweideutige Antwort geben. So brachte die Kölnische Volkszeitung gestern eine Zuschrift, in der es hieß, daß die gegenwärtigen Stunden nach einem politischen Schwertstreich geradezu schreien. Im „Tag" erhebt Freiherr von Zedlitz die gleiche Forderung: „Eine bündige Erklärung, von der berufensten Stelle in der breitesten Oeffentlichkeit kundgegeben, daß vom Deutschen Reiche die Auslassungen Lloyd Georges und namentlich Wilsons nicht als Friedensangebot, sondern allein als Kriegsansage angesehen und behandelt werden können, so ist unerläßlich wie dringlich." Gegenüber Feinden mit Kriegszielen, wie wir sie eben wieder kennen gelernt, meint Zedlitz weiter, sei der Natur der Sache nach ein Verständigungsfriede ausgeschlossen, hier könne nur von einem Machtfrieden als Frucht unseres Sieges die Rede sein. Die Sachlage sei daher nunmehr so: mit Rußland Verständigungsfriede, gegenüber England und Amerika und solange Frankreich und Italien deren Führung folgen, auch gegenüber diesen Staaten nur durch Sieg zu erringender Machtfriede. Bis zur Stunde steht immer noch nicht fest, wann der Reichskanzler sprechen wird. Das hängt, so wird uns versichert, mit dem schleppenden Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk zusammen. Aber wenn Graf Hertling dann endlich, endlich eine Antwort auf den ungeheuren Redeschwall der feindlichen Staatsmänner geben wird, wird sie der politische Schwerthieb sein, den wir erwarten und der erforderlich ist, die harte Klarheit gegenüber Amerika und England bringen, an der nicht zu drehen und zu deuteln ist. Wir wünschten es wohl und als eine Aussicht auf Erfüllung dieser Hoffnung könnte es erscheinen, daß nach gestrigen Mitteilungen wohl Meinungsverschiedenheiten, aber Gegensätze von irgendwelcher Schärfe zwischen Graf Hertling und der Obersten Heeresleitung seit Beginn des Konflikts nicht bestanden haben. „Bei der Obersten Heeresleitung steht man dem weiteren Zusammenarbeiten mit dem Reichskanzler in der Frage des Friedensschlusses mit Vertrauen entgegen. Aber — wird die Antwort an die Entente nicht wieder ein Kompromiß mit der Reichstagsmehrheit, mit den Scheidemann, Erzberger und Haußmann sein, ein Kompromiß mit den Männern des westlichen Verständigungsfriedens? Wird sie als solches Kompromiß nicht wieder die unselige Vieldeutigkeit mit sich bringen, an der aus Rücksicht auf Scheidemann-Erzberger bisher noch alle Kanzlerreden gelitten haben? Werden wir nicht wieder das alte Spiel erleben, daß eine gewundene, und nicht bis in ihre letzten Absichten ganz klare Rede wieder von allen Parteien für ihre Kriegsziele in Anspruch genommen wird und also die Verwirrung und Zweideutigkeit der Lage gegenüber den westlichen Feinden weiter geschleppt wird wie bisher? Dann würde allerdings besser jede Antwort unterbleiben, wenn sie aus Scheu vor der Reichstagsmehrheit um den Kern der westlichen politischen Fragen wieder herumredet. Aber vielleicht hat Graf Hertling diese Scheu nicht. Wie wollten wir es ihm danken!

Kerenski aufgefunden?

Stockholm, 17. Januar. (WTB. Nichtamtlich.) Laut Rjetsch soll es den Bolschewiki gelungen sein, Kerenski in der Wohnung eines sozialdemokratischen Stadtrats aufzuspüren. Seine Verhaftung soll bevorstehen.

Die Verhaftung der rumänischen Gesandtschaft in Petersburg.

London, 16. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Reutermeldung. Ein amtliches Telegramm aus Petersburg bestätigt, daß das Personal der dortigen rumänischen Gesandtschaft verhaftet und in die Peter-Pauls-Festung gebracht wurde.

Ein Anschlag auf Lenin.

Amsterdam, 16. Jan. Eine Petersburger Reutermeldung besagt: Nachdem Lenin eine Inspektion der Roten Garde vorgenommen hatte, fuhr er im Kraftwagen nach dem Smolny-Institut zurück. Unterwegs wurde plötzlich auf ihn geschossen. Die Kugel traf aber nicht ihn, sondern einen schweizerischen Sozialisten, der mit ihm im Wagen saß. Der Schweizer wurde leicht an der Hand verletzt.

Der diplomatische Kampf mit Trotzky.

Brest-Litowsk, 15. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Am 15. Januar haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarischen und russischen Delegationen zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in denen entsprechend der Vereinbarung in die geschäftliche Besprechung der vier zur Diskussion vorgeschlagenen Punkte unter Rückstellung von Punkt 1, betr. die Territorien, eingetreten wurde. Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst an, auf den früher bereits besprochenen Punkt der Zuziehung von Vertretern der besetzten Gebiete zurückgreifend, solche Vertreter nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, damit sie Gelegenheit hätten, ihre betreffenden Rechte, beziehungsweise ihr Recht auf Vertretung ihrer Völker vor der ganzen Welt nachweisen zu können.

Staatssekretär von Kühlmann gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, solche Vertreter hinzuzuziehen, jedoch nur unter der schon früher aufgestellten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Delegation dahin aufgefaßt werde, daß die staatliche Ordnung dieser Gebiete durch die Zulassung ihrer Abgeordneten auch russischerseits wenigstens präsumtiv anerkannt werde. Daß an eine solche präsumtive Anerkennung die Zulassung von Vertretern der betreffenden Völker begriffsmäßig sich von selber anschließe, bedürfe eigentlich keiner näheren Ausführung. Entweder die Herren kämen nach Brest-Litowsk als Sprecher und Vertreter ihrer Völker und dann müsse zwischen den verhandelnden Parteien Uebereinstimmung darüber bestehen, daß diese Volkspersönlichkeiten wenigstens präsumtiv entstanden seien oder aber sie kämen als Privatleute und hätten bei dieser Besprechung nichts zu sagen.

Indem Herr Trotzky zugab, daß die Fortsetzung der Debatte auf dem bisher behandelten Gebiete wenigstens im augenblicklichen Stadium zwecklos erscheine, erklärte er, daß nicht die seiner Ansicht nach erforderliche Voraussetzung gewährleistet und für die praktische Lösung der Frage es in der Tat gleichgültig sei, welches Organ von dieser oder jener Regierung in irgend einem vorübergehenden Zeitpunkt repräsentativ anerkannt worden sei. Häufig komme es dem Wesen nach in der Hauptsache darauf an, die Unabhängigkeit und Freiheit, die Willensäußerungen der betreffenden Volksteile zu gewährleisten. Zur Sicherung der Bedeutung dieser Willensäußerung sei es notwendig, daß sie nicht nur den konfirmierenden, sondern auch den konstituierenden Charakter erhält.

Trotzky erklärte sich außerstande, auf die vom Vorredner als notwendig bezeichneten Voraussetzungen einzugehen, da er nicht anerkennen könne, daß diese Vertreter den Willen der gesamten Bevölkerung jener Länder zum Ausdruck zu bringen geeignet seien. Damit entfalle von selbst die wesentlichste Vorbedingung des seinerzeit gemachten Vorschlags.

Im Anschluß an diese Erörterung stellte Herr von Kühlmann fest, daß die abweichenden Ansichten der verhandelnden Parteien über die Frage, welche Bedeutung den Beschlüssen der in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungskörper zukommt, sich auch durch eingehende Diskussion auf einer mittleren Linie nicht hätten vereinigen lassen, indem er hinzufügte, daß dieser Zustand an sich nicht notwendigerweise zum Scheitern der Verhandlungen führen müsse.

Da die verbündeten Delegationen sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hatten, eine Volkskundgebung auf breiter Basis zu nehmen, gelang es, über die Bedingungen dieser Volkskundgebung auf breiter Basis Uebereinstimmung zu erzielen. So würden die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Volkskundgebungen als konstituierend oder konfirmierend anzusehen seien, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen.

(Bereits im größten Teil der heutigen Mittagsausgabe veröffentlicht.)

Brest-Litowsk, 16. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Bei der Erörterung des vom Staatssekretär von Kühlmann gemachten Vorschlags, für die Vornahme der entscheidenden Abstimmung in den besetzten Gebieten einen Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und spätestens einem Jahr nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusetzen, schnitt Herr Trotzky sofort die Räumungsfrage an. Er führte aus, daß keine genügenden Gründe vorlägen, das Schicksal der betreffenden Gebiete an den Verlauf und den Weitergang des Krieges zu knüpfen. Freilich werde durch die Wiederherstellung des friedlichen Verkehrs zwischen den beiden Parteien die Fortsetzung des Krieges auf anderen Fronten nicht ausgeschlossen. Er sei aber der Ansicht, ohne vorläufig einen bestimmten

MARCHIVUM

Termin nennen zu wollen, daß die Frage der Regelung der Geschicke der jetzt besetzten Gebiete in Zusammenhang gebracht werden müsse mit dem Friedensschluß an der Ostfront.

Staatssekretär von Kühlmann wies demgegenüber zunächst darauf hin, es liege schon ein großes Entgegenkommen darin, daß die Verbündeten sich bereit erklärt hätten, die unter Artikel 1 der deutsch-österreichisch-ungarischen Formulierung fallenden Gebiete nach Abschluß der russischen Demobilisation ohne Rücksicht auf den Weltkrieg zu räumen. Ein weiteres Entgegenkommen der Verbündeten in diesem letzteren Punkte halte er nicht für ausgeschlossen, falls man in den anderen Punkten zu einer Uebereinstimmung gelange. Da jedoch die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Wiederaufflammens des Kampfes an der Ostfront bei Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten jedenfalls erheblich größer sei, als nach Abschluß eines allgemeinen Friedens, so müsse er es als ausgeschlossen bezeichnen, für die Räumung der in Artikel 2 des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfs aufgeführten Gebiete einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit dem Abschluß des allgemeinen Friedens rechnet. Weitere Sicherungen als in Artikel 3 vorgesehen, könnten seitens der Verbündeten, solange der allgemeine Krieg daure, unmöglich aufgegeben werden.

Herr Trotzky entgegnete, daß er in der Erklärung der Existenz der fraglichen Völker gemäß ihrem Willen die beste Sicherheit gegen ein Wiederaufleben des Krieges an der Ostfront erblicken würde.

Staatssekretär von Kühlmann stellte fest, daß zwischen den Parteien Uebereinstimmung herrsche in dem Wunsche, möglichst bald dem durch den Krieg geschaffenen Zustand ein Ende zu bereiten, wiederholte aber, daß es aus dem dargelegten Grunde untunlich sei, die Grenzsicherungen vorzeitig zu schwächen.

Nach einer Replik des Vorsitzenden der russischen Delegation wurde die Sitzung auf fünf Uhr nachmittags vertagt.

Die Nachmittagssitzung.

Die Nachmittagssitzung wurde um 5 Uhr durch den Staatssekretär von Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet:

Meine Herren! Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraumes der Räumung zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite trotz der von uns ausgeführten Gründe, die vollkommen durchschlagender Natur waren, keine Geneigtheit bestand, auf unsere Darlegungen in irgend einer Weise einzugehen. Wir wollen übergehen zum zweiten Punkt dieser Beratung, der sich bezieht auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter denen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen soll. Die Hauptfrage wird sein, inwiefern die Freiheit die Abstimmung bei der Wahl zu der ausschlaggebenden Versammlung durch die Gegenwart unserer Truppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird.

Die verbündeten Delegationen sind von der vollkommenen aufrichtigen Absicht geleitet, für die Abstimmung bzw. Wahlen das höchstmögliche Maß von absoluter politischer Freiheit sicherzustellen, das mit den Umständen verträglich ist. Dies ist, wie sich aus der Natur der Sache ergibt, zum größten Teil nicht eine militärische Frage. Der Rahmen, innerhalb dessen die Beratung über die Frage laufen kann, ist durch militärische Notwendigkeiten gezogen, über die hinaus wir nicht gehen können. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb deren diskutiert werden kann, sind folgende: Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nötig, ein Teil gut militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um die ökonomischen Betriebe des Landes im Gange zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Zusage gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiet, um das es sich handelt, in keiner Weise sich politisch betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Aus diesen Anschauungen heraus vertreten wir unbedingt die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Abstimmung in keiner Weise abträglich sein kann und infolgedessen die Ausübung einer vollkommen freien Abstimmung in keiner Weise zu beeinträchtigen ist.

Der Vorsitzende der russischen Delegation wendet sich zunächst wieder der Frage der Räumung der besetzten Gebiete zu.

Gegenüber einer deshalb an sie gerichteten Bitte des Staatssekretärs von Kühlmann doch zum Thema zu sprechen, nämlich zu der Frage unter welchen Bedingungen eine Abstimmung stattfinden könne, die nach der beiderseitigen Ansicht als eine freiwillige und nicht durch militärischen Druck beeinflußte Willenskundgebung anzusehen sei, erklärte Herr Trotzky, er müsse sich über die Räumungsfrage vollkommene Klarheit verschaffen, die er bis jetzt nicht habe.

Staatssekretär von Kühlmann antwortete, er habe unter dem Eindruck gestanden, daß durch die Erörterung von morgen die Frage des Zeitpunktes genügend geklärt erschien; wenn das nicht der Fall sei, so habe er nichts dagegen, wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation das Thema weiterführe, er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraumes, der für die Abstimmung praktisch in Frage komme, militärische Erwägungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würden. Es sei für eben klar, daß, selbst bei Einrichtung einer nationalen Gendarmerie, zu der die Verbündeten durchaus bereit seien, der Sicherungsdienst in diesen weiten unsicheren Gebieten innerhalb der Zeitspanne, in der die Abstimmung herbeigeführt werden müßte, nicht so vollkommen zu regeln sei, daß aus militärischer Sicherheit der Ordnung ganz verzichtet werden könne.

Das Minimalprogramm der Verbündeten sei sorgfältig unter Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten aufgestellt. Zu seiner Diskussion im einzelnen seien die Verbündeten bereit. Es werde sich darum handeln, ob nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation innerhalb des von den Verbündeten dargelegten Rahmens eine Abstimmung oder Wahl möglich sei, das heißt, ob bei der Gegenwart dieser bereits definierten, militärisch organisierten Kräfte die Abstimmung oder Wahltätigkeit als frei von militärischem Druck betrachtet werden könne oder nicht. Herr Trotzky erklärte, er könne jetzt nicht diese Frage, die an ihn gestellt wurde, beantworten, die für die Verhandlungen von praktisch-politischer Bedeutung sein würde, und es sei einleuchtend, daß die Klarstellung aller übrigen hierher gehörigen Fragen, nämlich derjenigen von der Räumung durch die Truppen, kein Bild würde schaffen können, unter welchen Bedingungen die erwartete Abstimmung verlaufen würde.

Zunächst müsse er sich auf die Feststellung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht der Abstimmung sehr schweren Eintrag tun würden. In sehr engem Zusammenhang mit der eben behandelten Frage stehe die Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten in die besetzten Gebiete. Seiner Ansicht nach solle die Abstimmung erst stattfinden, wenn diese Flüchtlinge und Evakuierten zurückgekehrt seien. Die von der österreichisch-ungarischen und der deutschen Delegation vorgesehene Formulierung erscheine ihm mit zu den einschneidendsten Fragen zu gehören.

Staatssekretär von Kühlmann gab ohne weiteres zu, daß grundsätzlich die Flüchtlinge berechtigt sein sollen, in ihre Heimat zurückzukehren. Es sei aber eine Aufgabe der Verwaltungsbehörden, ob und welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuieren seien. Er bitte den Vorredner, ihm zur Erleichterung des Ueberblickes das der russischen Regierung hierüber vorliegende Material zugehen zu lassen, wozu Herr Trotzky sich bereit erklärte.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Der bayerische Vertreter bei den Verhandlungen.

München, 15. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Die „Bayrische Staatszeitung" meldet: Nach Verabredung mit der Reichsleitung wird an den Friedensverhandlungen mit Rußland auch ein bayerischer Vertreter teilnehmen. Er wird als Mitglied der bestehenden Delegation des deutschen Reiches durch den Reichskanzler seine Instruktionen erhalten. Als bayerischer Vertreter wird mit Genehmigung des Königs der Staatsminister Graf v. Podewils bestimmt. Er wird demnächst nach Berlin abreisen, um sich nach einer Besprechung mit dem Auswärtigen Amt nach dem Verhandlungsort zu begeben.

Holländische Urteile über Kühlmann und Trotzky.

Rotterdam, 15. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt in einem Artikel: Trotzky hat selbst gesprochen und andere so sprechen lassen, als ob er der Vertreter eines siegreichen Staates wäre. Rußland hat aber doch nicht gesiegt. Was seine Vertreter tun, ist: für ihre maximalistischen Ideen und Theorien Weltpropaganda machen; oder sind sie wirklich naiv genug zu glauben, daß sie, obwohl geschlagen, ihre Gegner nur durch Reden soweit bekommen können, als ob sie geschlagen wären?

Der „Maasbode" schreibt: Kühlmann hat die ganzen Register diplomatischer Talente meisterhaft spielen lassen, um den Russen den Standpunkt der Deutschen hinsichtlich der besetzten Gebiete und ihrer Räumung annehmbar zu machen. Es hat dann und wann den Anschein, als ob er die Gegenpartei in die Enge treiben und zu einem Geständnis zwingen würde. Aber die von ihm gesponnenen Netze der Diplomatie werden durch den harten, unwandelbaren Doktrinarismus der russischen Delegation und Trotzky allein zerrissen.

Kundgebungen zur Lage.

Zu Lage sind in Berlin weiter folgende Kundgebungen aus den Kreisen der nationalliberalen Partei zugegangen:

Kaiserslautern, den 12. Januar 1918.

Wir stehen einmütig auf dem Boden des Fraktionsbeschlusses vom 8. Januar und protestieren mit aller Schärfe gegen jeden Frieden, der die von der Heeresleitung verlangte und nur durch Anschluß der Ostseeprovinzen an das Deutsche Reich gewährleistete Sicherung der Ostgrenze nicht in sich schließt.

Nationalliberale Partei der Pfalz.
Neumayer.

* * *

Abgeordneter Stresemann, Tauentzienstr. 12a, Berlin.

Osnabrück, den 11. Januar 1918.

Vollkommen einverstanden mit der kraftvollen Haltung unserer Reichstagsfraktion, bitten wir Sie, auch fernerhin ihren ganzen Einfluß im Sinne unserer Heldenführer einzusetzen, denen wir unbedingtes Vertrauen schenken.

Geschäftsführender Vorstand
des nationalliberalen Hauptvereins Osnabrück.
Prof. Dr. Dieckmann.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 11. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 17. Januar.

Präsident Dr. Zehnter eröffnete kurz nach 9 Uhr die Sitzung.

Abg. Stockinger (Soz.) teilte die Konstituierung der Ernährungskommission mit. Dann trat das Haus in die Tagesordnung ein, die Fortsetzung der Beratung des Staatsvoranschlags (allgemeine Debatte).

Abg. Venedey (Fortschr. Volkspartei): Die Ausführungen des Abgeordneten Schöpfle waren ein Bruch des Burgfriedens, wie er noch nicht vorgekommen ist. Abgeordneter Schöpfle hat den Herrn von Payer der Bestechung beschuldigt. Er hat behauptet, Payer habe als Aufsichtsratsmitglied Schmiergelder empfangen.

Präsident Dr. Zehnter: Ich habe einen solchen Vorwurf nicht aus den Ausführungen des Abgeordneten Schöpfle herausgehört.

Abg. Venedey blieb bei seiner Behauptung.

Präsident v. Zehnter: Wenn der Abgeordnete Schöpfle das wirklich gesagt hat, rufe ich ihn noch nachträglich zur Ordnung.

Abg. Venedey fortfahrend: Derartiges sollte nicht vorkommen. Schöpfle hat nicht nur Herrn von Payer angegriffen, sondern auch unsere Partei, den Reichstag und den Kaiser. Er hat die Demokratie als eine vaterlandslose Gesellschaft geschildert. Das Gegenteil ist wahr. Die Demokratie war in allen Ländern national. Die deutsche fortschrittliche Partei hat in Preußen als erste Partei die Forderung nach Deutschlands Einigkeit an die Spitze ihres Programms gestellt. Der Redner brachte nun Klagen vor über die Handhabung der Zensur in Baden. Von einer gemäßigten Zeitung, führt er aus, wurde mir geklagt, daß das Generalkommando die Zensur so ausüben, daß man kein freies Wort mehr sprechen könne. Abgeordneter Venedey brachte dann Beschwerden aus verschiedenen Gebieten noch vor und polemisierte gegen die Vaterlandspartei und verlangte einen annexionslosen Frieden.

Staatsminister Freiherr von Bodman stellte dem Abgeordneten Venedey gegenüber fest, daß der Abgeordnete Schöpfle den Stellvertreter des Reichskanzlers Herrn von Payer nicht angegriffen habe. Als Staatsminister sei er nicht der Oberzensor des Hauses. Dann beschäftigt sich der Staatsminister mit den einzelnen Beschwerden seines Vorredners, so auch mit denen über die Pressezensur. Er sprach seine Freude darüber aus, daß man dem früheren Zensor Anerkennung gezollt habe. Sein Nachfolger sei aber ein Mann, der durchaus mit den badischen Verhältnissen vertraut sei und der auch in seiner politischen Gesinnung sich von durchaus freien Gesichtspunkten leiten lasse. Die Klagen, die der Abgeordnete Venedey vorgebracht habe, sollen an das Generalkommando hinübergegeben werden.

Unterrichtsminister Dr. Hübsch erklärte, die Lehrerschaft habe von Anfang des Krieges an sich bemüht, daß die Jugend in vaterländischem Sinne erzogen werde. Die Jugend soll aber nicht dahin geleitet werden, sich mit politischen Dingen zu befassen.

Abg. Wirth (Zentr.): Die Rede des Abgeordneten Venedey war eine Ueberraschung für uns, da der Redner die Gelegenheit benutzt hat, Mißtrauen zwischen uns und den Staatsminister zu säen.

Die Mitwirkung der Zentrumspartei ist aber in Baden und im Reiche kein demokratischer Fortschritt. Herr von Payer ist auch früher im Zentrumskreise mit großem Vertrauen angesehen worden, er ist ein echter Demokrat von altem Schrot und Korn. Daß man heute noch den Politiker nachspürt, ob sie Aufsichtsratsmitglieder sind, ist bedauerlich. Dem Staatsminister vergessen wir nicht nur das, was er früher gegen uns getan hat, sondern wir verzeihen es ihm auch. Der Redner brachte dann verschiedene Beschwerden aus dem Schulwesen und verlangte eine Anweisung an die Lehrer, daß sie sich der politischen Tätigkeit enthalten sollen. Die politische Zensur hat viele Fehler gemacht, in Baden sind wir jedoch immer gut dabei weggekommen. Es muß darauf gesehen werden, daß wir uns nicht verschlechtern. Es ist bedauerlich, daß man große politische Fragen hier nicht besprochen hat, so die Frage über Mitteleuropa. Das Problem der Zollunion mit Oesterreich muß von großen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Was sich in dem Reiche im letzten halben Jahre vollzogen hat, war von dem Gedanken aus geleitet, wir müssen eine Arbeitsgemeinschaft haben, die als Basis eines großen Vertrauens gelten kann. Die Sozialdemokraten haben dabei eine Probe von Mäßigung gegeben. Die Zentrumspartei lehnt jeden Versuch ab, die Reichstagsmehrheit zu sprengen. Das Verhalten der nationalliberalen Partei im Reichstag und im Lande Baden ist nicht geeignet, das Zusammenarbeiten mit ihr zu erleichtern. Wir werden aber keine Blockpolitik treiben, sondern eine Politik des Vertrauens. Demgegenüber treibt die Hetze gegen den Reichstag entsetzliche Blüten.

Der Redner wandte sich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Rebmann und führte darauf aus: Der Unterschied zwischen der Haltung der Mehrheit vom 18. Juli und der der Nationalliberalen ist nicht sehr gut. Dann verteidigte Abg. Wirth den Reichstagsabgeordneten Erzberger und sein Auftreten in jener Sitzung des Reichstagsausschusses vom 18. Juli und befaßte sich dann mit einem Artikel des Abg Kolb und meinte: Unser lieber Kollege Kolb hat in den süddeutschen Monatsheften sich mit der Frage „Religion und Politik" befaßt. Ich möchte nur wünschen, daß die Ideen, die er dort äußerte, von den Sozialdemokraten draußen verwirklicht werden. Der Redner bezeichnete die Abzweigung der Unabhängigen von der Sozialdemokratie als bedauerlich für die Arbeiterbewegung und schloß mit der Aeußerung, das Zentrum ist bereit, mit ihnen (den Sozialdemokraten) die größte Verantwortung in Baden zu übernehmen. (Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Strobel (Soz.) vertritt nochmals die Haltung der Sozialdemokratie in der Versammlung der deutschen Vaterlandspartei in Mannheim und äußerte, der Abg. Adolf Geck habe heute das Vertrauen seiner Pforzheimer Wähler nicht mehr hinter sich. Abg. Strobel kam dann im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über die Vaterlandspartei auch auf die von den Unabhängigen gestörte Scheidemannversammlung in Mannheim zu sprechen und behauptete, der Mannheimer Generalanzeiger habe sich der unabhängigen Ruhestörer angenommen. Die Handhabung der Zensur sei in Baden zu scharf. Wenn man die Werbearbeit den Soldaten verbiete, sollte sie auch die Vaterlandspartei unterlassen.

Abg. Dr. Rosch (Natl.): Ich will mich in den Streit der feindlichen Brüder über die Mannheimer Versammlung nicht einmischen, bezeichnend ist aber die Auffassung von Freiheit, die aus den Ausführungen des Abg. Geck hervorgeht: Wer eine politische Versammlung abhalten wolle, müsse hierfür die Erlaubnis der Unabhängigen einholen. Der Erfolg, den 200 gut organisierte Schreier errungen hätten, sei durch die Mißstimmung, die sie sich dadurch zugezogen hätten, teuer bezahlt. Die Zensur verbot die Besprechung der Versammlung, dadurch sei der Eindruck hervorgerufen worden, als ob Unruhe und Gewaltsamkeiten vorgekommen seien. — In Zeitungskreisen wird lebhafte Klage geführt, daß in den letzten Wochen die Zensur in Baden viel schärfer geworden sei, zum Nachteil der Zeitungen, die dadurch gegenüber den außerbadischen Blättern, die viel freier seien, stark beeinträchtigt werden. Hiergegen müsse energisch protestiert werden. Auch über die Briefzensur im badischen Oberland wurde sehr lebhaft Klage geführt.

Bezüglich der Rückberufung der alten Landsturmleute aus der Front seien weitaus viel mehr berechtigte Klagen anzuführen, als in Bayern und Württemberg. Auch die Beschwerden, daß unsere badischen Rekruten in norddeutsche Städte gezogen würden, könnten unschwer beseitigt werden. Das Kolleg des Abg. Schöpfle wurde von mir nicht beanstandet. Herr Schöpfle hat wohl manchmal den Schlußpunkt weggelassen. Eigenartig sei, daß ein so prinzipienfester Demokrat solche Eigenarten an sich habe. Abgeordneter Dietrich habe die Absicht, der Vaterlandspartei beizutreten. (Schluß folgt.)

Letzte Meldungen.

Der Wiener Bericht.

Wien, 17. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Zwischen Brenta und Monte Pertica beschränkte der Gegner seine Gefechtstätigkeit nach den erfolglosen und verlustreichen Angriffen des Vortages auf heftige Feuerüberfälle. In den Kämpfen am 14. und 15. Januar wurden 12 Offiziere und über 300 Gefangene eingebracht.

Der Chef des Generalstabes.

Die englische Farbstoffindustrie.

Berlin, 16 Januar. (WTB Nichtamtlich.) Das Reutersche Büro bringt die sensationell aufgebauschte Nachricht, wonach eine der englischen Tuchindustrie angehörige Kommission 257 geheime deutsche Bestimmungen über die Bereitung von Farbstoffen aus der Schweiz nach England mitgebracht hat. Mit Hilfe des englischen Auswärtigen Amtes seien die geheimen Vorschriften sicher nach England geschafft worden. Die Kommission will nicht ein Monopol gründen, sondern nur ihr Material der englischen Regierung anbieten zur Verwendung im englischen Industriegebiet. Das Reutersche Büro will damit glauben machen, es wäre nun endgiltig vorbei mit der Ueberlegenheit der deutschen Farbstoffindustrie. Es gibt damit zu, daß die in den vorangegangenen drei Kriegsjahren mit vielen finanziellen Opfern in England unternommenen Versuche der Begründung einer leistungsfähigen Stoffindustrie bisher keinen Erfolg hatten. Die englische Regierung scheute sich deshalb nicht mit Interessenten einen gemeinschaftlichen Diebstahl in Szene zu setzen und nach Berühmung womöglich sich noch zu rühmen. Aber auch diese Desperatopolitik wird kaum zum Erfolg führen, denn die deutsche Ueberlegenheit in der Farbenherstellung hängt nicht von bestimmten und geheimen Rezepten ab, die man nur zu stehlen braucht, um dann Farben herzustellen. Wer die Entwicklung der deutschen Farbenindustrie kennt, weiß, daß sie ihre gegenwärtige Bedeutung nur erlangt hat in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit, die in den verschiedensten Anlagen im Zusammenwirken der Wissenschaft und der Industrie stattgefunden hat.

Vizekanzler von Payer vor der Genesung.

m. **Köln**, 17. Jan. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Stuttgart: Der Gesundheitszustand des Vizekanzlers von Payer hat sich soweit gebessert, daß er voraussichtlich noch diesen Monat seine Tätigkeit in Berlin wird aufnehmen können.

Türkische Handelskammern in Berlin, Wien, Sofia, Budapest geplant.

Konstantinopel, 15. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Den Blättern zufolge soll sich die Regierung im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Gesetzes über die Handelskammern auch mit dem Gedanken tragen, Handelskammern in Wien, Budapest, Berlin und Sofia zu errichten.

Schwere Explosion in Berlin.

Berlin, 17. Jan. (Priv.-Tel.) In einem Fabrikraum der A. E. G. in der Brunnenstraße entstand gestern Vormittag aus noch nicht aufgeklärter Ursache eine schwere Explosion. Von den im Haus anwesenden Personen wurde die 26jährige Arbeitersfrau Ida Kuczynski, deren Mann im Felde steht, in Stücke zerrissen und auf der Stelle getötet. Durch umherfliegende Eisen-, Holz- und Glassplitter wurden fünf Arbeiterinnen verletzt. Gleichzeitig erlitten die Verunglückten infolge sich entwickelnder Feuerdämpfe Vergiftungen.

Kein Ankauf von Remonten.

Berlin, 16 Jan. (WTB. Amtlich.) **Für 1918 wird das Kriegsministerium den Ankauf von jungen dreijährigen Remonten wiederum ausfallen lassen.**

MARCHIVUM

Aus Stadt und Land.

Mit dem ✠ ausgezeichnet

Vizefeldwebel Fritz Müller, bei einem Reserve-Inf.-Regt., Schimperstraße 38 wohnhaft, wegen Tapferkeit vor dem Feinde und treuer Pflichterfüllung.

Grenadier Johann Edel, früher Wagner bei Benz u. Cie., Inhaber der Badischen silbernen Verdienstmedaille, zur Zeit schwer verwundet in einem bayerischen Feldlazarett.

Karl, Emil und Fritz Fesenbecker, Söhne des Herrn Emil Fesenbecker, S 6, 13. Emil Fesenbecker jun. erhielt gleichzeitig die Badische silberne Verdienstmedaille.

Heinrich Reithmann, Musketier in einem Res.-Inf.-Regt., Sohn des Schlossermeisters Heinrich Reithmann, K 1, 11.

Sonstige Auszeichnungen.

Die Badische silberne Verdienstmedaille erhielten: Gefr. Dietz, bei einer Masch.-Gew.-Komp im Felde, Inhaber des Eisernen Kreuzes, wohnhaft Stamitzstraße 8; Luftschiffer Oskar Hübner, Beamter beim städt. Hochbauamt, wohnhaft Beilstraße 32.

Hochwasser.

Nun haben wir zur Genüge Wasser, mehr, als die Fluß- und Bachläufe eigentlich vertragen können. Der Föhn hat mit den Schneemassen im Gebirge mit erstaunlicher Schnelligkeit aufgeräumt. Das tritt natürlich im Wasserstand in Erscheinung. In Mannheim ist der Rhein von gestern auf heute um 1,31 Meter auf 4,39 Meter gestiegen. Der Neckar ist noch höher. Die Fluten haben eine Höhe von 5,45 Meter (mehr 2,30 Meter) erreicht. Dies sind die Messungen von heute Morgen. Inzwischen ist das Wasser weiter gestiegen. Bei uns ist das Wetter weiter stetem Wechsel unterworfen. Heute früh leichter Frost, in den Vormittagsstunden eine Verbindung von Eis und Schnee und nachmittags leichter Regen. Von auswärts liegen uns folgende Hochwassermeldungen vor:

ℌ Aus der Westpfalz, 17. Januar. Rasch steigendes Hochwasser wird aus der Gegend von Zweibrücken, Hornbach, Bliesmaisel usw. gemeldet. Die tief gelegenen Wiesentäler sind weithin überschwemmt, viele von Wasserkraft getriebene Mühlen stillgelegt, verschiedene Ortschaften der Täler von der direkten Verbindung abgeschnitten. Im Bahnhof Zweibrücken mußten die eingedrungenen Wasserfluten mit Diaphragmapumpen herausgeschafft werden. Das ganze Bliestal von Einöd talabwärts ist überflutet.

⊙ Mainz, 16. Jan. Nach den starken Schneefällen und der Kälte trat Mitte der Woche ein in der ganzen Mittelrheingegend fallen starker Wettersturz ein, der einen Temperatursprung von 20 Grad brachte und das Quecksilber bis auf mehr als 12 Grad Wärme hinauftrieb. Die in der unteren Rhein- und Mainebene lagernden Schneemengen und die kräftige Schneedecke im Taunus war innerhalb eines knappen Tages bis zu einer Meereshöhe von 600 Metern ganz verschwunden. Zugleich herrschten im ganzen Gebiet Stürme schwerster Art, die von heftigen Regengüssen begleitet waren. Allenthalben ist durch den Sturm an Gebäuden und im Freien Schaden angerichtet worden. Besonders zahlreich sind die Störungen im Fernsprechbetrieb. Der Rhein ist infolge der starken Zufuhr an Schmelzwasser bereits über einen Meter gestiegen, ein für die Schiffahrt und die Kohlenschlepptüge willkommener Zuwachs.

c. Rüdesheim, 16. Jan. In dem benachbarten Wallfahrtsort Marienthal ist gestern abend ein schwerer Wolkenbruch niedergegangen. Der Witterungsumschlag brachte zu gleicher Zeit Schneeschmelze, sodaß der durch das Tal fließende Bach in einen reißenden Strom verwandelt wurde, der den ganzen Talgrund weithin überschwemmte und auch die Wallfahrtskirche einen Meter hoch mit Wasser füllte. Damit erreichte das Wasser in der Kirche, die ja in früheren Jahren schon öfter unter Hochwasser zu leiden hatte, eine Höhe, welche die Wasserhöhe des Jahres 1878 weit überstieg. Damals konnte in der Kirche keine Messe gelesen werden. Das Klostergebäude ist bis jetzt verschont geblieben. Das Wasser steigt noch immer.

c. Bingen, 16. Januar. Infolge der heftigen Regenfälle der letzten Tage ist das Wasser des Rheins in den letzten 24 Stunden um etwa einen halben Meter in die Höhe gegangen. Weiteres Steigen ist noch zu erwarten. Der Schiffsverkehr war hier sehr rege, da jetzt selbst die größeren Fahrzeuge ihre Reise fortsetzen können.

c. Bingen, 16. Jan. Während des heute herrschenden gewaltigen Regensturmes in Verbindung mit schweren Böen stieg infolge der Schneeschmelze im Seengebiet die sonst so ruhige Nahe innerhalb weniger Stunden um mehrere Meter und wurde zu einem tobenden, reißenden Strom. Die gelben Fluten sind hier fast bis zur Uferhöhe hinangewachsen. Ein Glück, daß der Rhein nicht höher als die Nahe steht, eine gewaltige Ueberschwemmung der an der Nahe gelegenen Stadtteile wäre sonst die Folge. Einstweilen hat die Nahe aber in der Nähe ein Unglück angerichtet, indem sie den Damm an der Mühle bei Dieterosheim brach und diesen Ort in seinen tiefern Teilen unter Wasser setzte. Da Dietersheim sehr tief liegt, ist die Ueberschwemmung bedeutend. Die Militärfeuerwehr und viele Hilfskräfte aus den Orten der Gegend sind ausgerückt, um den bedrohten Einwohnern des Dorfes Hilfe zu leisten. Anscheinend ist Schaden an Menschen nicht zu beklagen, aber die Tiere und Gebäude haben gelitten. Landeinwärts ist der Fluß an vielen Stellen über die Ufer getreten und Dammrutschungen und Dammbrüche sind an verschiedenen Stellen eingetreten. Tagsüber trieben heute Baumstämme, Holzwerk, Bretter, Möbelstücke den Fluß hinab. Das Wasser hat eine solche Gewalt, daß es bis weit in den Rhein hineinbraust. Das Brüllen und Tosen des tollgewordenen Stromes ist weithin zu hören.

* Ueber die geplante Verkleinerung der Postkarte wird, so schreibt uns der Süddeutsche Schutzverband für die Postkarten-Industrie, jetzt nicht nur in vielen politischen Tageszeitungen, sondern auch in manchem Fachblatte viel Halbwahres und Unrichtiges berichtet, das geeignet ist, die größte Unruhe und Unsicherheit in den zunächst betroffenen Kreisen hervorzurufen. Zur Berichtigung diene, daß der betr. Reichsausschuß in Berlin den unter Führung des Landesverbandes Bayern erfolgten Protesten der meisten deutschen Postkartenverleger insoferne Rechnung getragen hat, als die eigentlichen Kunstkarten, die mittelst kostbarer Druckplatten, also in Vielfarbendruck, Vier- und Dreifarbendruck, Photochromie und in Handkupferdruck hergestellt werden, das bisherige Postkarten-Weltformat von 9×14 Ztm. beibehalten sollen, damit nicht die in den Druckplatten und Gemälde-Reproduktions-Rechten steckenden Millionenwerte den Verlegern vernichtet werden. Der herrschende Papiermangel wird es allerdings notwendig machen, wesentlich dünneren Karton zu verwenden und die Produktion bedeutend einzuschränken. Bezüglich anderer billigerer Druckverfahren schweben teilweise noch die Verhandlungen.

* Marktwanderung. Der Verkehr auf dem Wochenmarkt beginnt sich wieder etwas zu beleben, allerdings die Friedensstärke erreicht er bei weitem nicht. Die Bauern bringen allmählich die eingekellerten Marktwaren heraus. An Roterüben, Gelberüben und Weißrüben war heute wirklich kein Mangel, die Nachfrage darnach war nicht sehr groß. Wo sich aber irgend etwas Grünes zeigte, da strömten die Käuferinnen hin, und um ein bissel Wirsing, Kohlkraut oder Salat standen sie lange und bangten, daß der Vorrat ausgewogen sei, bis die Reihe an sie käme. Welke Schwarzwurzel und verkümmerte Meerrettichstangen lockten wenig zum Kauf, begehrter war Knoblauch, der viel da war und zu 5—7 Pfg. pro Zinken oder Zehen, wie der Küchenausdruck lautet, verkauft wurde. Für Lauch wurden z. T. unverschämte Preise gefordert und — bezahlt. Eine Schlote, die früher um diese Zeit mit 3—4 Pfg. bezahlt gewesen wäre, wird nicht unter 20—30 Pfg. abgegeben. Die Zwiebelnot wird hier in unverantwortlichster Weise ausgenützt. — Weil wir doch gerade von hauswirtschaftlichen Dingen reden, sei unser Lebensmittelamt einmal an den längst versprochenen Süßstoff erinnert. In Ludwigshafen wird diese Woche wieder Süßstoff ausgeteilt, und dort ist man auch in der Lage, reinen Gerstenkaffee auf Marken auszugeben, während man bei uns nur meist minderwertigen Kaffee-Ersatz und den nur ganz selten bekommt. Wir haben doch Malzkaffeefabriken am Ort. Bleibt von dem Segen nichts in Mannheim haften? pp.

* Strafbare Handlungen an Lebensmittelmarken. Die Fälle, in denen sich unlautere Elemente auf Kosten anderer mehr Lebensmittel zu verschaffen suchen, als ihnen nach den Kriegsverordnungen zustehen, sind zahlreich. Das Reichsgericht hat verschiedenfach Gelegenheit gehabt, sich mit derartigen strafbaren Handlungen zu beschäftigen. So hat es in der Entscheidung vom 1. Dezember 1916 (2. D 419—16) den Tatbestand des Betrugs für gegeben erklärt, wenn jemand sich Lebensmittelmarken von der Behörde aushändigen läßt unter der stillschweigenden oder positiven Vorspiegelung, daß sein Haushalt mehr Personen enthält, als in der Tat der Fall ist. Die Wegnahme gültiger Lebensmittelmarken ist vom Reichsgericht als Diebstahl anerkannt worden. Durch Urteil vom 27. Juni 1917 (5. D 430—17) hat der fünfte Strafsenat auch die Wegnahme abgetrennter Brotmarken, die keine rechtliche Gültigkeit mehr hatten, als Diebstahl und damit als eine strafbare Handlung bezeichnet. Daß die Marken keinen oder nur geringen Stoffwert hatten, ist unerheblich. Für die Angeklagte lag die Bedeutung an sich ungültiger Brotmarken darin, daß sie durch deren Besitz die ihr nach ihrer Vorstellung sonst verschlossene tatsächliche Möglichkeit und damit die tatsächliche Aussicht gewinnen wollte, auf die Marken und Karten von Geschäftsleuten Brot für ihr Geschäft zu erlangen. Die Angeklagte wollte auf diesem Wege Brot in größerem Umfange erlangen, als nach den behördlichen Verteilungsmaßnahmen ihrer Anwartschaft darauf entsprach und erstrebte nach dem Urteil damit eine Steigerung ihres Warenumsatzes und eine Erhöhung ihrer Geschäftserträgnisse. Darnach ist der Umstand, daß die abgetrennten Brotmarken keine rechtliche Gültigkeit hatten, daß sie kein Recht auf Bezug gewähren, und daß sie nach ihrer Bestimmung ein Ausweis nur für den sachlich Berechtigten sein sollten, nicht geeignet, den Tatbestand des Diebstahls in Frage zu stellen. E. R.

* Hilfsdienstmeldung. Wir weisen unsere Leser auf die Anzeige aus Schriesheim hin, wonach neue Hilfsdienstmeldungen in der Zeit vom 19. bis 22. Januar erforderlich sind. Die Meldung geschieht auf dem Bürgermeisteramt, auch am Sonntag. Dort erhalten die Pflichtigen jede weitere Belehrung während der üblichen Dienststunden.

* Todesfall. In Brebach bei Saarbrücken ist der Geheime Kommerzienrat Rudolf Böcking im Alter von 75 Jahren gestorben. Der Verstorbene gehörte zu den Führern der Saar-Großindustrie und hat in der Entwicklung der Eisenindustrie im Saarrevier eine bedeutende Rolle gespielt. Geheimrat Böcking war ein Enkel des Bergrats Böcking, der an der Spitze der Bewegung für den Anschluß des Saarlandes an Preußen vor hundert Jahren und dem es durch seine Verbindung mit Hardenberg und Stein gelang, diesen Anschluß an Preußen im Jahre 1815 durchzusetzen. Die Hüttenwerke der Familie Böcking befanden sich anfänglich in Asbach und Abenteuer im Hunsrück. Die Vergrößerung der Betriebe machte dann die Verlegung nach Brebach im Jahre 1867 erforderlich, wo die noch heute unter dem Namen Halberger Hütte bestehenden Betriebe mit der Anlage von Hoch- und Koksöfen begründet wurden. Das Werk wandte sich besonders dem Röhrenguß zu, in den 80er Jahren wurde unter der Leitung Böckings ein Verfahren im Röhrenguß angewandt, das noch heute allgemein zur Anwendung kommt. Auch bei der Durchführung des ersten Bessemerprozesses war der Verstorbene mit tätig. Bis zum Jahre 1908 stand Böcking als Leiter an der Spitze des Brebacher Werkes, um sich dann in den Ruhestand zurückzuziehen. Von seinem sozialen Geiste zeugen zahlreiche Arbeiterstiftungen und die vorbildliche Wohlfahrtseinrichtung für die Arbeiterschaft des Werkes, bei der der Verstorbene in hohem Ansehen stand. 1904 wurde ihm für seine öffentlichen Verdienste der Charakter als Geheimer Kommerzienrat verliehen.

Aus dem Großherzogtum.

⊙ Schwetzingen, 17. Jan. Im Alter von 52 Jahren starb gestern Dr. Karl Schneider, Professor an der hiesigen Realschule. Nach vorübergehender Tätigkeit in Durlach, Heidelberg, Bretten und Kenzingen hat er seit Herbst 1899 sein reiches Wissen und Können in den Dienst der hiesigen Mittelschulen gestellt. Von Ostern 1904 bis Ende 1912 leitete er neben seinem Hauptberufe noch die Töchterschule der Stadt. Seinem Wirken verdankt die Höhere Töchterschule die Umgestaltung der ehemals privaten Schule zu einer Gemeindeanstalt und die für ihren Ausbau so wichtige Einführung des Lehrplans der Höheren Mädchenschulen. Professor Dr. Schneider war bei vaterländischen Anlässen, Dichtergedenktagen und dergl. ein geschätzter Redner. Noch zuletzt in dieser Kriegszeit ist er bei vaterländischen Abenden und in seiner Eigenschaft als Vorstand des Bezirksausschusses für Volksaufklärung rednerisch hervorgetreten. Seit mehreren Jahren war er Vorstand des hiesigen Flottenvereins und Mitglied des Bürgerausschusses als Anhänger der Nationalliberalen Partei.

)(Bühl, 16. Jan. Privatier Ludwig Rapp hat zu Wohltätigkeitszwecken 12 000 Mark hinterlassen. Davon sollen 6000 ℳ für den hiesigen Armen- und Waisen-Fonds, 3000 ℳ zur Unterstützung armer Erstkommunikanten von hier, 2000 ℳ zum gleichen Zweck für Kappelwindeck verwendet werden.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

§ Neustadt a. Hdt., 16. Jan. Nach einer von der Kriegsamtsnebenstelle Ludwigshafen getroffenen Anordnung muß der Betrieb der Oberlandbahn infolge Kohlenmangels für einige Tage erheblich eingeschränkt werden. Demzufolge beginnt der Betrieb morgens eine Stunde später und endigt abends eine Stunde früher. Die Einlegezüge fallen weg und die Anhängewagen verkehren nur in den Hauptverkehrszeiten. Den Militärpersonen ist die Mitfahrt während der Dauer der Einschränkung nicht gestattet. Die Verfügung tritt morgen in Kraft und wird voraussichtlich 8—10 Tage dauern.

Gerichtszeitung.

* Mosbach, 16. Jan. Die Strafkammer verurteilte Fritz Bach von hier wegen verschiedener, im vergangenen Herbst ausgeführter Hasen- und Geflügeldiebstähle zu einer Zuchthausstrafe von 4 Jahren und 10 Jahren Ehrverlust. Sein Helfershelfer, Jakob Essigwein von Sennfeld, erhielt 1½ Jahre Zuchthaus, außerdem wurden ihm auf 5 Jahre die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt.

Gefährlicher Kampf zwischen Gendarmen und Einbrechern.

√ Zweibrücken, 16. Jan. Ueber den blutigen Zusammenstoß zwischen Gendarmerie und Verbrechern werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Von seiner pfälzischen Zwangsarbeitsstelle entwich am 28. Mai 1917 der 1897 zu Carlsberg bei Grünstadt geborene Zuchthäusler Schirmflicker Adam Rissel, der mit Außenarbeit beschäftigt war. Alle Nachforschungen nach dem Flüchtling, der noch drei Jahre und sechs Monate Zuchthaus zu verbüßen hat, blieben ergebnislos. Gestern wurde nunmehr der Zweibrücker Gendarmerie bekannt, daß der Gesuchte sich in dem Hause Alexanderstraße 7 verborgen halte. Dieses Haus, unmittelbar hinter der Alexanderkirche, an der früheren Stadtmauer gelegen, war für ein Versteck wie geschaffen. Durch Ausgänge nach vorn wie gegen die Rückseite des alten Hauses konnten verschiedene Straßenzüge erreicht werden, je nachdem einer der Ausgänge bewacht war. Dazu liegt das Anwesen mitten an winkeligen Straßen und einem engen, unübersichtlichen Hofe. Besonders unter dem Schutz der Dunkelheit konnte ein Flüchtling stets unbehelligt sich der Wohnung nähern oder daraus weggehen. Da Rissel zudem als gefährlicher Bursche bekannt war, der im Falle einer drohenden Verhaftung unfehlbar zur Waffe greifen würde, waren besondere Vorsichtsmaßnahmen bei seiner Ergreifung erforderlich. Morgens gegen 6 Uhr rückte unter Führung von Vizewachtmeister Armbrust eine 4 Mann starke Gendarmeriepatrouille vor das Haus. Der Vizewachtmeister ließ sofort das Haus umstellen und beide Ausgänge besetzen. Nunmehr wurde durch Pochen Oeffnung verlangt und eventuell gewaltsames Eindringen in Aussicht gestellt. Währenddessen erschien der Gesuchte mit erhobenem Revolver am Fenster, um sofort das Feuer zu eröffnen. Als dieses erwidert wurde, suchte er durch den hinteren zweiten Ausgang ins Freie zu gelangen. Nur notdürftig bekleidet, schwang er sich barhaupt durchs Fenster der Rückwand. Nunmehr entspann sich zwischen den hier aufgestellten Gendarmen und dem Flüchtling ein neuer Feuerkampf. Als den Gendarmen die Kugeln um die Ohren pfiffen, gaben auch sie Feuer. Bereits zur endgültigen Flucht durch ein zwischen den Gebäuden sich hinziehendes schmales Gäßchen gewendet, traf den sich fortgesetzt zur Wehr setzenden Verbrecher das tödliche Geschoß. Er stürzte rückwärts zu Boden; der Schuß hatte das Herz durchbohrt und den sofortigen Tod herbeigeführt. — Etwa gleichzeitig konnte die Gendarmerie den von der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern steckbrieflich verfolgten Pferdedieb, Dienstknecht Michael Wirth, einen ebenso berüchtigten Rückfallverbrecher, festnehmen. Auch Wirth hat eine ganze Reihe Straftaten hinter sich. Eine der letzten bestand darin, daß er in Kaiserslautern seinem Dienstherrn, einem Spediteur, Pferde und Wagen im Werte von 12 000 Mk. unterschlug und in der Saarbrücker Gegend verkaufte. In der Landshuter Gegend beschlagnahmte er unter Anmaßung von Amtsbefugnis ein Jagdgewehr. Er trug einwandfreie Papiere bei sich, z. B. den Ausweis eines badischen Gendarmen, und gab zu, daß er als Gendarm in Zivil ebenfalls Gaststiele gegeben hat. Auch diese Papiere dürften gestohlen sein. Da er überrascht wurde, ließ er die Festnahme in der Herberge widerstandslos über sich ergehen. Er wurde unter verstärkter Gendarmeriebedeckung ins Landgerichtsgefängnis eingeliefert. Wahrscheinlich sind beide Verbrecher auch an den Einbrüchen beteiligt, die in der letzten Zeit die Stadt unsicher machten. — Bemerkenswert ist, daß Rissel der zweite der vom gleichen Arbeitsplatz geflüchtete Verbrecher ist, bei deren Festnahme Menschenleben zu Grunde gingen. Bei München erschoß vor kurzem ein Genosse Rissels einen Gendarmen und entfloh, ohne bis jetzt ergriffen zu sein.

√ Zweibrücken, 16. Jan. Die gerichtliche Oeffnung der Leiche des erschossenen Zuchthäuslers Adam Rissel fand gestern Mittag in der städt. Leichenhalle statt. Als Todesursache wurde Brustschuß mit tödlichen inneren Verletzungen festgestellt. Die bisherigen Ermittlungen ergaben noch u. a., daß der Verbrecher zuerst gegen den Gendarmen Biesinger von der Schußwaffe Gebrauch gemacht hat, der an der Vorderfront des Gebäudes an einem zu ebener Erde gelegenen Fenster mit gezogenem Säbel und Taschenlampe postiert war. Während Sergeant Weidig im Begriff stand, mittels herbeigeholter Axt die Haustür gewaltsam zu öffnen, riß der Gesuchte plötzlich den Fensterladen auf und drückte unmittelbar am Kopfe des dort Wache haltenden Gendarmen Biesinger seinen Revolver ab, der aber versagte. Nun hieb der Gendarm kräftig mit dem Säbel gegen das Fenster, weshalb sich Rissel zurückzog und nun am rückwärtigen Ausgang sein Heil suchte. Als er sich auch hier umstellt sah, drückte er von neuem ab, hatte nochmals einen Versager und konnte dann zwei scharfe Schüsse auf den im Hof aufgestellten Gendarmen Burger abgeben. Dieser suchte sofort durch Knien gegen den heranteilenden Flüchtling Deckung, um selbst mit dem schußfertigen Dienstrevolver sein Leben zu verteidigen. Bereits der erste Schuß saß in der Brust des Angreifers. Trotz der unbedingt tödlichen Wunde konnte der Getroffene noch an den Beamten vorbeieilen und sich gegen ein Ausgangsgäßchen wenden, wo er nach etwa 5 Schritten tot zusammenbrach. Der letzte Schußwechsel war auf 3 Schritte Distanz erfolgt. Wenn der Gendarm seine Waffe nicht schußfertig gehabt hätte, wäre er kaum mit dem Leben davongekommen, zumal der Ausreißer auch noch ein Stilet bei sich trug. Eine Haussuchung förderte auch ein noch gut erhaltenes Fahrrad zutage, auf dem Rissel wohl Streifen in die Umgebung unternahm. Unterschlupf hatte er bei der Schirmflickersehefrau Korffmann gefunden, die anfänglich, auch als sie der Leiche gegenübergestellt wurde, jede Auskunft über die Persönlichkeit des Toten verweigerte und erst später mit ihren Angaben herausrückte. Noch eine Stunde vor dem Zusammenstoß war der Aufenthalt des gefährlichen Verbrechers der Gendarmerie vollständig unbekannt. Erst als um 5 Uhr früh der Kaiserslauterer Pferdedieb Michael Wirth in der Herberge „zur Krone" im Bett überrumpelt werden konnte, wurde durch dessen Bemerkung: „Gell, mich findet Ihr, aber den Rissel im Alexandergäßchen nicht!", der Aufenthalt des seit acht Monaten flüchtigen Sträflings bekannt. Nachdem Wirth im Landgerichtsgefängnis hinter Schloß und Riegel gebracht war, begaben sich die gleichen Gendarmen sofort ins Alexandergäßchen zum Versteck des Rissel, wo der erfolgreiche Streifzug der wackeren Beamten mit dem Tode des Gesuchten sein Ende fand.

Handel und Industrie.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 17. Jan. (Pr.-Tel.) Infolge der drahtlichen und telephonischen Störungen herrschte heute wieder geringe Geschäftstätigkeit. Eine große Anzahl von Papieren kam anfangs nicht zur Notierung, die Haltung selbst war ungleichmäßig. Feste Tendenz zeigten die Werte der Farbenindustrie, Höchster stellten sich höher; auch die Bezugsrechte lagen fest. Badische Anilin standen in reger Nachfrage bei erhöhtem Kursniveau. Am Montanaktienmarkt fanden Oberbedarf Beachtung. Phönix, Harpener und Bochumer gut behauptet. Rüstungswerte schwächten sich ab, besonders Benz, auch Adlerwerke Kleyer. Schiffahrtsaktien ruhig. Im freien Verkehr waren Petroleum und Kaliaktien meist schwächer. Sehr geringe Kursänderungen wiesen Elektrowerte auf. Im Industrieverkehr mit Einheitskursen war die Haltung still. Ein Eingehen auf die belanglosen Veränderungen erübrigt sich.

Am Rentenmarkt konnten sich heimische Anleihen behaupten. Russen gefragter. Das lebhaftere Geschäft in chemischen Werten erhielt sich bis zum Schluß unter Bevorzugung von Höchster und Badische Anilin, welche mit fester Tendenz aus dem Markte gingen. Griesheim Elektron sind ebenfalls höher gefragt. Auf den übrigen Gebieten neigte die Tendenz zur Abschwächung. Privatdiskont 4⅝ Prozent und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 17. Januar (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	17. Geld	17. Brief	14. Geld	14. Brief
Konstantinopel	18.95	19.05	18.95	19.05
Holland 100 Gulden	215.50	216.00	215.50	216.00
Dänemark 100 Kronen	152.50	153.00	152.50	153.00
Schweden 100 Kronen	163.25	163.75	163.25	163.75
Norwegen 100 Kronen	161.25	161.75	161.25	161.75
Schweiz 100 Franken	112.50	112.75	112.50	112.75
Oest.-Ungarn 100 Kronen	66.55	66.65	66.55	66.65
Spanien	117.½	118.½	117.50	118.½
Bulgarien 100 Leva	80.—	80.½	80.—	80.½

Pariser Wertpapierbörse.

PARIS 16. Januar (Kassa-Markt.)

	16.	14.		16.	14.		16.	14.
5% Anleihe	88.50	88.50	Saragossa	452	448	Tonks	—	—
3% Rente	58.—	58.—	Suez Kanal	4500	4510	Rio Tinto	—	1850
4% Span. Anl.	118.50	117.60	Thom Houst.	823	848	Cape Copper	102.—	105.—
5% Russen 1906	56.—	55.70	Raff Fay	465	465	China Copper	318.—	—
3% do. 1896	38.—	—	Caoutchouc	—	250	Utah Copper	563.—	568.—
4% Türken	64.—	62.75	Malakka	146	145	Tharsis	146.—	148.½
Banq. de Paris	8.96	10.02	Rokn	—	1010	De Beers	378.—	379.½
Créd. Lyonnais	10.15	—	Briansk	—	332	Goldfields	41.—	41.—
Un. Parisien	620	—	Lianosoff	235	240	Lena Gold	—	—
Metropolitain	—	425	Watkoff Fabr.	331	335	Jäperstoot	120.—	117.—
Nord Tagesg.	415	413	Le Naphte	290	290	Randmines	80.—	80.—

Spassk Copper 37.— (zuletzt 37.—)

Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort.

Duisburg-Ruhrort, 16. Jan. (Amtliche Notierungen.) Bergfahrt. Frachtsätze von den Rhein-Ruhr-Häfen nach Mainz-Gustavsburg 3, nach Mannheim 3, nach Karlsruhe 3.15, nach Lauterburg 3.25, nach Straßburg 3.50; Schlepplöhne von den Rhein-Ruhr-Häfen nach Mannheim 2.40—2.60. 100 ℔ 215.75 M.

MARCHIVUM

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Aus der Karl und Fanny Eckhard-Ausheuer-Stiftung sind auf 18. März 1918 zwei Ausheuer-Preise in Höhe von je 800 Mark an hier wohnende, unbemittelte Mädchen zu vergeben. Voraussetzung zur Erlangung eines Preises ist, daß die Bewerberin einen unbescholtenen Ruf genießt, nicht unter 18 Jahren und nicht über 40 Jahre alt ist, und daß deren Vater oder Mutter mindestens 5 Jahre in Mannheim gewohnt hat. Der Bräutigam darf nicht unter 25 und nicht über 40 Jahre alt sein. Die Brautleute müssen deutsche Reichsangehörige sein.

Gesuche, denen behördliche Zeugnisse über vorstehende Erfordernisse beizufügen sind, wollen bis 28. Januar 1918 anher eingereicht werden. Sp38

Mannheim, den 12. Januar 1918.

Stiftungskommission:
von Hollander. Gögele.

Bekanntmachung.

Die David und Jeanette Aberle-Stiftung betr.

Der Zweck der obigen, zum Andenken an den im Jahre 1903 gestorbenen Sohn der Stifter, Herrn Julius Aberle, errichteten Stiftung ist Bedürftigen, mündigen Personen, ohne Unterschied des Geschlechts und der Religion, die eine Krankheit überstanden haben, die Mittel zu gewähren, deren sie zur Wiedererlangung ihrer Gesundheit und Erwerbsfähigkeit bedürfen.

Es können nur solche Personen unterstützt werden, welche mindestens 5 Jahre in Mannheim ansässig sind und keine öffentliche Armenunterstützung beziehen.

Die zu obigem Zweck für 1918 bestimmten Stiftungserträgnisse sollen demnächst verteilt werden.

Unterstützungsgesuche, welche eine genaue Darstellung der persönlichen und sonstigen Verhältnisse der Bittsteller enthalten und mit ärztlichem Zeugnis versehen sein müssen, aus welchem auch insbesondere zu ersehen sein sollte, ob eine Kur beantragt wird, welcher Art diese sein soll und wo sie durchgeführt werden soll, wollen bis 1. Februar 1918 dahier eingereicht werden. Später eingehende Gesuche können nicht berücksichtigt werden. Sp38

Mannheim, den 14. Januar 1918.

Der Stiftungsrat
der David und Jeanette Aberle-Stiftung:
von Hollander. Gögele.

Bekanntmachung.

Die Absicht der Verbraucher, ihre Kohlenmengen beim Händler selbst abzuholen, scheitert in vielen Fällen am Fehlen eines geeigneten Beförderungsmittels. Die Stadtverwaltung hat daher eine Anzahl Handwagen beschafft und diese an die Abgabestellen: Grube Fr. G. m. b. H., Mannheim, K. 2, 18; Großh. Bad. Güteramt Mannheim; Hauser, Anton, Mannheim, Gärtnerstr. 10; Hofstätter, Gr., Mannheim, Luisenring 51; Kohlenkasse Neckarau; Kühner, Franz, & Co., Mannheim, O 4, 6; Lutz, J., Mannheim, H 4, 14; Lutz, R., Mannheim, H 6, 8; Menthen, Gebr., Nachf., Mannheim, L 4, 10; Walter, Valentin, Mannheim, Fröhlichstr. 6; Wiederhold, J. K., Mannheim, Luisenring 87; Städt. Gaswerk Mannheim, Luisenring 44; Städt. Gaswerk Mannheim-Lützenberg; Städt. Gaswerk Mannheim-Lindenhof; Städt. Elektrizitätswerk Mannheim, Industriehafen, abgegeben. Für die Benützung darf ein Entgelt nicht erhoben werden. Die Entleiher dürfen die Wagen nur unter Wahrung möglichster Sorgfalt benützen. Von jedem Entleiher ist bis zur Rückgabe des Wagens die Haushaltungskarte zu hinterlegen.

Mannheim, den 16. Januar 1918.

Ortskohlenstelle. Sn35

Aufschreiben! Aufsehen!

Meldung zum Hilfsdienst betreffend.

Aufgrund einer neuen Verordnung sind neue Meldungen zum Hilfsdienst nötig. Jeder männliche Deutsche und Oesterreich-Ungarn, der nach dem 31. März 1858 und vor dem 1. Februar 1901 geboren ist, ist meldepflichtig. Alle früheren Ausnahmen sind weggefallen. Nur derjenige braucht sich nicht zu melden, der zum aktiven Heer oder zur aktiven Marine gehört oder auf Grund einer Reklamation vom Heeresdienst zurückgestellt ist. Es müssen sich also jetzt auch die in kriegswichtigen Betrieben tätigen Deutschen und Oesterreich-Ungarn in obigem Alter unbedingt melden, soweit sie nicht reklamiert sind. Auch diejenigen, die auf Grund einer Strafe zum Heeresdienst nicht herangezogen sind, sind meldepflichtig. Die Meldung geschieht am einfachsten auf dem Bürgermeisteramt in der Zeit vom 18. bis 22. Januar 1918 während der üblichen Bürostunden. Am Sonntag, den 20. Januar, ist das Rathaus von 10—12 und 2—5 für die Meldungen geöffnet, alles Nähere durch Anschläge.

Nichtbefolgung wird streng bestraft. Es wird seitens des Einberufungsausschusses eine genaue Nachkontrolle vorgenommen werden. Alle diejenigen Leute, die sich bereits früher gemeldet haben und im Besitze eines Meldekartenabschnittes sind, brauchen sich nicht nochmals zu melden. Wer jedoch seinen Meldekartenabschnitt verloren hat, muß sich nochmals melden.

Schriesheim, den 16. Januar 1918.

Das Bürgermeisteramt:
Hartmann.

Genau beachten! wird nur einmal veröffentlicht!

Zur

Uebernahme oder Neugründung einer Großhandlung

gleich welcher Branche, womit kleine Fabrikation mitverbunden sein kann, sucht erfahrener Kaufmann, vorerst mit 100000 M. Kapital, einen äußerst fähigen

Fachmann als Mitarbeiter.

Letzterem, wenn auch ohne Vermögen, ist Gelegenheit für Beteiligung geboten oder Gehalt mit Gewinnanteil. S014

Ausführliche ernste Zuschriften von Selbstreflektanten unter Zusicherung strengster Diskretion unter A. P. 164 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Dextrin Kaltleime

In garantiert rein pulverisiert u. dickflüssig und Klebstoffe in bewährter Qualität liefert nur an Großverbraucher V45b

Franz G. Staenger, Chem. Produkte Nürnberg
Fenerweg 12 Telefon 8788
Verwendungszweck angeben. Muster je 60 Pfg.

Bekanntmachung.

Die Deutsche Bank Filiale München, hat im Verein mit der Pfälzischen Bank Filiale München den Antrag eingebracht:

nom. M. 2,000,000.— auf den Namen lautende neue Aktien der Mannheimer Versicherungsgesellschaft in Mannheim 2000 Stück zu je M. 1000.— mit 25% eingezahlt, Serie V Nr. 8001—10000 N18

zum Handel und zur Notiz an der hiesigen Börse zuzulassen.

München, den 14. Januar 1918.

Die Zulassungsstelle für Wertpapiere an der Börse zu München.

Dr. Fritz Weidert, II. Vorsitzender. F. P. Lang, Schriftführer.

Philharmonischer Verein ✻ III. Konzert

Musensaal. Samstag, den 26. Januar 1918, abends 7 Uhr Rosengarten.

Das Orchester des Grossh. Hoftheaters Karlsruhe

Leitung: **Fritz Cortolezis**, Hofoperndirektor | **Arnold Földesy**, Violoncello, Berlin

1. Sinfonie Nr. VIII, B-Dur, Haydn. 2. Konzert für Violoncello, D-Dur, Haydn. 3. Konzertantes Quartett für Oboe, Clarinette, Horn und Fagott mit Orchesterbegleitung, Mozart 4. Solostücke für Cello. 5. Tasso, sinfonische Dichtung, Liszt. — Am Klavier: Artur Rosenstein.

Karten zu Mk. 6.—, 5.—, 4.—, 3.50, 3.—, 1.50 bei K. Ferd. Heckel und an der Abendkasse. Stehplätze auch bei Eugen Pfeiffer, O 2, 9 und Mannheimer Musikhaus, P 7, 14a.

Dresdner Bank

Filiale MANNHEIM

P 2, 12, Planken.

Aktienkapital und Reserven **Mark 340 000 000**

Besorgung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten. G20a

Spenglerei und Installations-Geschäft

Telephon 3271 S150a

Wilhelm Rensch, Lange Rötterstrasse 84

empfiehlt sich in allen neuen Facharbeiten sowie Reparaturen

Ischias, Neuralgien, Gicht, Rheumatismus etc.

behandelt mit nachweisbarem Erfolg

Radium-Heilanstalt K. Distler,

Mannheim U 6, 16 am Ring. E6a

Mannheimer Abfall-Verwertung.

Es sind uns wieder ca. 200 Plätze zur

Peterchen's Mondfahrt

für die Samstag-Vormittag-10-Uhr-Vorstellung im Hoftheater für unsere Sammler zur Verfügung gestellt worden. Die Plätze können ab heute in **O 7, 9,** gegen Vorweisung des Sammlerbuches abgeholt werden. N18

Die Kommission der Mannheimer Abfall-Verwertung.

Bezirkssparkasse Ladenburg

(Rathaus)

mit Bürgschaft des Amtsbezirks Mannheim-Land Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 5444

mündelsicher.

Tägliche Verzinsung sämtlicher Einlagen zu 4%

Giro- und Ueberweisungsverkehr:

Zahlungen nach allen Plätzen Deutschlands erfolgen porto und spesenfrei.

Kassenstunden: Werktags von 9—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags.

M138 Samstag nachmittags geschlossen.

Annahmestelle in Mannheim: Bad. Bank und Bank für Handel u. Industrie.

Tätowierungen

entfernt unter Garantie Königs, Chem. Lichtheilanstalt

Gander's Schönschreib- u. Handelskurse

für all. Berufs- u. Altersklassen. Lehrplan gratis. Gebr. Gander O 1, 8. S10a

Rolladen und Jalousien

aller Systeme 1027 repariert prompt

Fritz Kraushaar
Schlossermeister
Alphornstraße 25.
Postkarte genügt.

Musikmappen Taschen

für Mandolinen Guitarren Lauten Tel45a

L. Spiegel & Sohn
I. K. Bayr. Hof. Planken

Für **empfindliche Haut** sind Me9 **Mandelkleie und Hautcrême** unerläßlich. Päckchen und Tuben von —.50 ab bei

Ludwig & Schütthelm
O 4, 3 Apotheke O 4, 3
Telef. 257 u. 7715.
Filiale Friedrichsplatz 19

Nähmaschinen aller Systeme, reparieren Knudsen, L. 6, 2. Postkarte genügt. L9a

Unmoderne Pelze

werden in Kragen u. Muffe umgearbeitet.
Bertha Sommer
P 4, 3. Tel45g

Baden-Badener Pastillen

gegen Katarrh-Husten Heiserkeit, Verschleimung Influenza

Schachtelpreis 1 Mk. 1.10

Pastillenfabrik Baden-Baden

S33b

Straßenbahn.

Infolge Wagenmangels wird von Donnerstag, den 17. d. Mts., die Linie 7 in Zugabständen von 10 Minuten zwischen Rheinau und Sandhofen betrieben. Die Teilstrecke Friedrichstraße—Kriegerdenkmal wird vorübergehend für die Linie 7 außer Betrieb gesetzt. Die Wagen der Linie 15 fahren bis zum Kriegerdenkmal. Sp39

Mannheim, 15 Januar 1918

Städt. Straßenbahnamt.

Offene Stellen.

Vermittlungsstelle

für ein vom Kriegsausschuß für Fette und Oele genehmigtes prima

Reinigungs- und Waschmittel

an Grossisten oder geeignete kapitalkräftige Herren zu vergeben. X15

H. Wettstein, Erfurt
Anger 46, Fernruf 2457.

Urlauber finden Beschäftigung bei 919

Ad. Messerschmitt
Industriehafen.

Tüchtig. arbeitsfr. Vertreter ges., bei Grossisten eingef., z. Verkauf v. Süßspeisen, Gewürzbackmittel, Backpulver, Stärkemittel. Albert Köpke, Berlin W. 15 Kurfürstendamm 69. G9b

Verkäuferin

für meine 1066

Bahnhofsbuchhandlung

sofort gesucht. Zu melden

Hauptbahnhof.

Modes.

Zweite Arbeiterin

sofort gesucht. X18

Geschw. Wolf
P 7, 1.

Für sofort gesucht ein schulentlassenes junges Mädchen für einige Stund. des Tags 1041 Bezirkstr. 1, 3 Tr. l.

Tüchtiges **Mädchen** fürs Haus, sofort gesucht. 1050 D 2, 6.

Verkaufe.

Piano Thürmer

zu verkaufen. 1058
Carl Hauk, C 1, 14.

Klavier

schwarz, gut erhalten, zu verkaufen. 1043
Werftstraße 28.

Modernes **Klubsofa-Klubsessel** zu verkaufen.
H. Schwalbach Söhne
B 7, 4. T114a

Eine nußbaum polierte **Bettstelle** mit Rost zu verk. 1060
Fischel, Windeckstr. 21.

Eine Anzahl **Kisten** zu verkauf. Zu erfrag. 1047 Rabberg, P 7, 16, 4. St.

Spottpreis abzugeben: 1 Bettstelle mit Matratze, 1 Spiegel, 1 gebr. Küchenschrank, 1 Waschkessel, einiges Küchengeräte. 1061
Pfeiffermann, G 4, 12b 4. Stock.

Gesucht per 1. Februar **tüchtige Köchin** für Privat. 998
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Mietgesuche.

Gut möbl. Zimmer

möglichst mit Schreibtisch zum 1. Febr. ges. 1052
Angebote unt. Z. M. 18 an die Geschäftsstelle.

Gesucht wird von 2 Herren **1 oder 2 möblierte Zimmer** mit Kochgelegenheit, womöglich in Schwetzingerstadt oder in Neckarau. Angebote unter Z. P. 15 an die Geschäftsst. 1040

Gesucht sogleich od. später **2 bis 3 Zimmerwohnung** (einzeln. Herr). 1057
H. Louis, B 2, 5. Tel. 4496.

Anständiger Herr sucht **Schlafstelle** mit Gas. Näheres 1049 Bauer, Mittelstr. 184.

Kauf-Gesuche.

Gesp. Flügel oder Piano

von Privat gegen bar zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unter Z. T. 19 an die Geschäftsstelle. 1064

Harmonium

mit 8—10 Registern, für religiöse Zwecke zu mieten oder zu kaufen gesucht.

Angebote an Offiziers-Gefangenen-Lager, Ludwigshafen. P16

Vermietungen

Wohnungen

E 3, 1a 3. und 4. Stock, je 8 Z. u. Küche, auch als Lagerräume z. v. Näh. B. Groß, K 1, 12, Tel. 2554. 1023

F 3, 1

3. St., gesunde 6 Zimmer, Bad 2c. Winterfens., Balk., Erker in s. Hause, zum 1. April z. v. Näh. 2. St. 1048

H 2, 19 3. St., 5 Zim. u. Küche zu v. Näh. B. Groß, K 1, 12 Telephon 2554. 1024

Rheinhäuserstr. 51, 4. St., 5 Zim. u. Küche z. v. 1026

Vermietungen

möbl. Zimmer

S 6, 1

1 Tr., schön möbl. Zim. mit sep. Eing. an einen bess. Herrn zu verm. 814

U 1, 20

part. r., gut möbl. Zimmer zu verm. 973

Waldparkstrasse 27

3 Treppen, Wohn- und Schlafzimmer mit gutem Frühstück, elektr. Licht. Eingang durch die Diele bis 1. Febr. zu verm. 993

Läden.

F 2, 9a Laden mit 2 Zim. u. Magaz. zu verm. Näh. B. Groß, K 1, 12, Tel. 2554. 1030

P 3, 3

Laden sof. zu verm. Näh. B. Groß, K 1, 12, Tel. 2554. 1031

Friedrichsplatz 14

Laden mit Zentralheizung zu verm. Näh. B. Groß, K 1, 12, Tel. 2554 1019

Mittelstrasse 37a.

Laden mit Wohnung zu verm. Näh. 3 St. 900

Laden

mit Einrichtung in bester Lage der Stadt, für jedes Geschäft geeignet, zu vermieten. Mk. 2000.— erforderlich. Näheres T 5, 6, 4. Stock rechts. 967

Magazine.

T 2 Geräumiges 4 Röd. Magazin N917 mit elektr. Beleucht. p. 1. 4. zu vermiet. Näh. Mayer, Tattersallstr. 43. Tel. 1406.

Werkstätte.

Grosse helle Werkstätten

ca. 200 qm mit Holzbearbeitungsmasch., 12 Hobelbänke zu v. Näh. B. Groß, K 1, 12, Tel. 2554. 1022

Heirat.

Geb. Fräulein, 26 J., kath., von angen. Aeußerl., gutem Charakter, im Haushalt erfahren, wünscht mit Herrn in sicherer Stellung (auch Kriegsinvaliden)

trautes Heim

zu gründen. Gefl. Zuschr. mit Bild unter Z. U. 20 an die Geschäftsst. 1056

Verloren.

Auf dem Wege zwischen Q 2 u. Q 3, R 2 u. R 3 nach R 4 ein 1063

Briliantring

mit einem Stein verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen sehr gute Belohnung abzugeben bei D. Herm. G. m. b. H., Mannheim, P 3, 12, 1 Treppe.

Ein oder zwei möblierte Zimmer

mit 2 Betten, Küchenbenützung oder Kochgelegenheit, ohne Bedienung und ohne Wäsche in der Nähe des Marktplatzes von jungem Ehepaar gesucht. Angebote mit Preis u. Z. V. 21 an die Geschäftsstelle. 1060

MARCHIVUM